

Geheigt täglich mit Ausnahme des Montags und der Tage nach den Feiertagen. Abonnement für Danzig monatl. 20 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abschließungen und der Expedition abgeholt 30 Pf.
Dienstjährl. 30 Pf. frei ins Haus,
60 Pf. bei Abholung
Durch alle Buchhandlungen
200 Pf. pro Quartal. 10 Pf.
Briefträgerbericht 1 Pf. 40 Pf.
Sprechstunden des Dr. Barthel 11—15 Uhr Soam.
Reiterbagergasse Nr. 6.
XVII. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

„Die Danziger Episode“ in Bismarck's Memoiren.

II.

In Gastein erhielt ich im August den Besuch des Kronprinzen, der dort von englischen Einflüssen freier sein Verhalten im Sinne seines ursprünglichen Mangels an Selbständigkeit und seiner Berechnung für den Vater, bescheiden und liebenswürdig aus seiner ungenügenden politischen Vorbildung, seiner Fernhaltung von den Geschäften erklärte und ohne Rücksicht in den Formen eines Mannes sprach, der sein Unrecht einsieht und mit den Eindrückungen, die auf ihn stattgefunden hatten, entschuldigte.

Im September, nachdem der König mit mir über Baden, der Kronprinz direct von Gastein nach Berlin zurückgekehrt war, gewannen die Einflüsse und Befürchtungen wieder die Oberhand, die ihn zu dem Aufstehen im Juni bewogen hatten. Den Tag, nachdem die Auflösung des Abgeordnetenhauses beschlossen worden, schrieb er mir:

„Berlin, 8./9. 63.

Ich habe Gr. M. die Ansichten heute mitgetheilt, welche ich Ihnen in meinem Schreiben aus Putbus (rectius Stettin) auseinandersetze und die ich Sie bat, nicht eher dem Könige zu eröffnen, als bis ich selber dies gethan. Ein folgeschwerer Entschluss ward gestern im Conseil gefasst; in Gegenwart der Minister wollte ich Gr. M. nichts erwidern; heut ist es geschehen; ich habe meine Gedanken geäußert, habe meine schweren Befürchtungen für die Zukunft dargelegt. Der König weiß nunmehr, daß ich der entschiedene Gegner des Ministeriums bin. Friedrich Wilhelm.“

Es kam nun auch die in dem Briefe des Kronprinzen vom 30. Juni angekündigte Bitte, von der Theilnahme an den Sitzungen des Staatsministeriums dispensirt zu werden, zur Erörterung. Wie das Verhältniß zwischen den beiden hohen Herren damals noch war, beweist der nachstehende Brief des Ministers v. Bodenskjöld vom 11. September 1863:

„Ungewöhnlich, in welcher Stunde Sie von Ihrer aus so trüber Veranlassung unternommenen Reise zurückkehren und ob bald nachher ich Sie sprechen kann, teile ich schriftlich mit, daß, nach durch den Flügeladjutanten mir gewordener Weisung Gr. M., ich dem Adjutanten Gr. A. H. des Kronprinzen in Ihrem Auftrage Ihre schleunige Abreise und deren Grund mit dem ersuchen mitgetheilt. Gr. A. H. für den Fall davon Kenntniß zu geben, daß Ihre Bitte um Audienz bereits Gr. A. H. vorgebracht oder schon über die Audienz-Bestimmung getroffen sei. Gr. M. haben, wie Prinz Hohenlohe mir sagte, nicht angemessen erachtet, seinerseits mit dem Kronprinzen über Ihre Abreise und die fragliche Audienz zu reden.“

Der König hatte sich dafür entschieden, daß der Kronprinz, wie seit 1861 geschehen, auch ferner den Sitzungen des Staatsministeriums beizwohnen solle, und mich beauftragt, ihn darüber zu verständigen. Ich nehme an, daß es zu der zu diesem Zweck erbetenen Audienz nicht gekommen ist; denn ich erinnere mich, daß ich das mißverständliche Erscheinen des Kronprinzen zu einer Ministerzügung, die an dem betreffenden Tage nicht stattfand, dazu bemerkte, die Erörterung einzuleiten. Ich fragte ihn, weshalb er sich so fern von der Regierung halte; in einigen Jahren werde sie doch die seinige sein; wenn er etwa andere Prinzipien habe, so sollte er lieber den Übergang zu vermitteln an suchen als opponieren. Er lehnte das scharf ab,

wie es schien in der Vermuthung, daß ich meinen Übergang in seine Dienste anbahnen wolle. Ich habe den feindlichen Ausdruck olympischer Höhe, mit dem das geschah, Jahre hindurch nicht vergessen können und sehr noch heute den zurückgeworfenen Kopf, das gerötete Gesicht und den Blick über die linke Schulter vor mir. Ich unterdrückte meine eigene Aufwallung, dachte an Carlos und Alba (Act 2, Auftritt 5) und antwortete, ich hätte in einer Anwandlung dynastischen Gefühls gesprochen, um ihn mit seinem Vater wieder in nähere Beziehung zu bringen, im Interesse des Landes und der Dynastie, das durch die Entfernung geschädigt wäre; ich hätte im Juni gehan, was ich gekonnt, um seinen Herrn Vater von Entschließungen ab irato abzuhalten, weil ich im Interesse des Landes und im Kampfe gegen die Parlamentsherrschaft die Übereinstimmung in der königlichen Familie zu erhalten wünschte. Ich sei ein treuer Diener seines Herrn Vaters und münchte ihm, daß er, wenn er den Thron bestige, anstatt meiner ebenso treue Diener finde, wie ich für seinen Vater gewesen. Ich hoffte, er würde sich des Gedankens, als ob ich danach strebe, einmal sein Minister zu werden, entschlagen; ich werde es niemals sein. Ebenso rasch wie erregt, ebenso rasch wurde er weich und schloß das Gespräch mit freundlichen Worten.

Das Verlangen, an den Sitzungen des Staatsministeriums nicht weiter Theil zu nehmen, hielt er fest, und rückte noch im Laufe des Septembers eine vielleicht nicht ohne fremde Einwirkung entstandene Denkschrift an den König, worin er seine Gründe in einer Weise entwickelte, die zugleich als eine Art von Rechtfertigung seines Verhaltens im Juni erschien. Es entstand darüber zwischen Gr. Majestät und mir eine private Correspondenz, die mit folgendem Billet abschloß:

„Babelsberg, den 7. November 1863.

Anliegend sende ich Ihnen meine Antwort an meinen Sohn den Kronprinzen auf sein Memoir vom September. Zur besseren Orientirung sende ich Ihnen das Memoir wiederum mit, sowie Ihre Notizen, die ich bei meiner Antwort benutzte.“

Von der Denkschrift habe ich eine Abschrift nicht entnommen; der Inhalt wird aber erkennbar aus meinen Marginal-Notizen, die hier folgen:

Seite 1. Der Anspruch, daß eine Warnung Sr. königlichen Hoheit die nach sehr ernster und forschlicher Erwägung gefassten königlichen Entschlüsse aufzuwiegeln soll, legt der eigenen Stellung und Erfahrung im Verhältniß zu der des Monarchen und Vaters ein unrichtiges Gewicht bei.

Niemand hat glauben können, daß Gr. A. H. „an den Octroyirungen Theil gehabt“, denn jedermann weiß, daß der Kronprinz kein Datum im Ministerium hat, und daß die in älteren Zeiten übliche amtliche Stellung des Thronfolgers nach der Verfassung unmöglich geworden ist. Das dementiert in Danzig war daher überflüssig.

Seite 2. Die Freiheit der Entschlüsse Gr. A. H. wird dadurch nicht verkümmert, daß Gr. A. H. den Sitzungen beiwohnt, sich durch Zuhören und eigene Meinungsäußerung an courant der Staatsgeschäfte hält, wie es die Pflicht jedes Thronerben ist. Die Erfüllung dieser Pflicht, wenn sie in den Zeitungen bekannt wird, kann überall nur eine gute Meinung von der Gewissenhaftigkeit hervorrufen, mit der der Kronprinz sich für Seinen hohen und ernsten Beruf vorbereitet.

Die Worte „mit gebundenen Händen“ u. s. w. haben keinen Sinn.

Seite 2. „Das Land“ kann gar nicht auf den Gedanken kommen, Gr. A. H. mit dem Ministerium zu identifizieren, denn das Land weiß, daß der Kronprinz zu keiner amtlichen Mitwirkung bei den Beschlüssen berufen ist. Leider ist die Stellung, die Gr. A. H. gegen die Krone genommen hat, im Lande bekannt genug und wird von jedem Hausvater im Lande, welcher Partei er auch angehören mag, gemäßigt als ein Losseggen von der väterlichen Autorität, deren Verkennung das Gefühl und das Herzkommen verleiht. Gr. A. H. könnte nicht schwerer in der öffentlichen Meinung geschadet werden, als durch Publication dieses Mémoires.

Seite 2. Die Situation Gr. A. H. ist allerdings eine „durchaus falsche“, weil es nicht der Verlust des Thronerben ist, die Fahne der Opposition gegen den König und den Vater aufzupflanzen, die „Pflicht“, aus derselben herauszukommen, kann aber nur auf dem Wege der Rückkehr zu einer normalen Stellung erfüllt werden.

Seite 3. Der Conflict der Pflichten liegt nicht vor, denn die erste Pflicht ist eine selbstgemachte; die Sorge für Preußens Zukunft liegt dem Könige ob, nicht dem Kronprinzen, und ob Fehler gemacht sind, und auf welcher Seite, wird die Zukunft lehren. Wo die „Einsicht“ Gr. Majestät mit der des Kronprinzen in Widerspruch tritt, ist die erste stets die entscheidende, also kein Conflict vorhanden. Gr. A. H. erkennt selbst an, daß in unserer Verfassung „kein Platz für Opposition des Thronfolgers“ ist.

Seite 4. Die Opposition innerhalb des Conseils schlägt den Gehorsam gegen Gr. Majestät nicht aus, sobald eine Sache entschieden ist. Minister opponieren auch, wenn sie abweichende Ansicht haben, gehorchen aber doch der Entscheidung des Königs, obschon ihnen selbst die Ausführung des von ihnen Bekämpften obliegt.

Seite 4. Wenn Gr. A. H. weiß, daß die Minister nach dem Willen des Königs handeln, so kann Gr. A. H. sich auch darüber nicht läugen, daß die Opposition des Thronfolgers gegen den regierenden König selbst gerichtet ist.

Seite 5. Zur Unternehmung eines „Kamps“ gegen den Willen des Königs fehlt dem Kronprinzen jeder Beruf und jede Berechtigung, grade weil Gr. A. H. keinen amtlichen „status“ besitzt. Jeder Prinz des königlichen Hauses könnte mit denselben Rechten wie der Kronprinz für sich die „Pflicht“ in Anspruch nehmen, bei abweichender Ansicht öffentlich Opposition gegen den König zu machen, um dadurch „seine und seiner Kinder“ eventuelle Erbreden gegen die Wirkung angeblicher Fehler der Regierung des Königs zu wahren, das heißt, um sich die Succession im Sinne Louis Philippe zu sichern, wenn der König durch eine Revolution gestürzt würde.

Seite 5. Über die Aeußerungen des Ministerpräsidenten in Gastein hat derselbe sich näher zu erklären.

Seite 7. Der Kronprinz ist nicht als „Rathgeber“ des Königs, sondern zu seiner eigenen Information und Vorberatung auf seinen künftigen Beruf von des Königs Majestät veranlaßt, den Sitzungen beizuhören.

Seite 7. Der Versuch, die Maßregeln der Regierung zu „neutralisieren“, wäre Kampf und Auseinandersetzung gegen die Krone.

Seite 7. Gefährlicher als alle Angriffe der Demokratie und alles „Nageln“ an den Wurzeln der Monarchie ist die Lockerung der Bande, welche das Volk noch mit der Dynastie verbinden, durch das Beispiel offen verkündeter Opposition des Thronerben, durch die absichtliche Aund-

machung der Uneinigkeit im Schoße der Dynastie. Wenn der Sohn und der Thronerbe die Autorität des Vaters und des Königs anstrebt, wem soll sie dann noch heilig sein? Wenn dem Schreie für die Zukunft eine Prämie dafür in Aussicht gestellt ist, daß er in der Gegenwart vom Könige abfällt, so werden jene Bande zum eigenen Nachteil des künftigen Königs gelockert, und die Lähmung der Autorität der jetzigen Regierung wird eine böse Saat für die zukünftige sein. Jede Regierung ist besser, als eine in sich zwiespältige und gelähmte, und die Erschütterungen, welche der jetzige Kronprinz hervorrufen kann, treffen die Fundamente des Gebäudes, in welchem er selbst künftig als König zu wohnen hat.

Seite 7. Nach dem bisherigen verfassungsmäßigen Rechte in Preußen regiert der König, und nicht die Minister. Nur die Gesetzgebung, nicht die Regierung ist mit den Kammer getheilt, vor denen die Minister den König vertreten. Es ist also ganz gesetzlich, wie vor der Verfassung, daß die Minister Diener des Königs, und zwar die berufenen Rathgeber Gr. Majestät, aber nicht die Regierer des preußischen Staates sind. Das preußische Königthum steht auch nach der Verfassung noch nicht auf dem Niveau des belgischen oder englischen, sondern bei uns regiert noch der König persönlich, und befiehlt nach seinem Erlassen, so weit nicht die Verfassung ein anderes bestimmt, und dies ist nur in Betreff der Gesetzesgebung der Fall.

Seite 8. Die Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen verläuft gegen die Strafgesetze. Was als Staatsgeheimnis zu behandeln sei, hängt von den Befehlen des Königs über dienstliche Geheimhaltung ab.

Seite 8. Warum wird so großer Wert auf das Bekanntwerden „draußen im Lande“ gelegt? Wenn Gr. A. H. nach pflichtmäßiger Überzeugung im conseil seine Meinung sagt, so ist dem Gewissen Genüge geschehen. Der Kronprinz hat keine offizielle Stellung zu den Staatsgeschäften, und keinen Beruf. Sich öffentlich zu äußern; das Einverständnis Gr. A. H. mit den Beschlüssen der Regierung wird niemand, der unsere Staatseinrichtungen auch nur oberflächlich kennt, daraus folgern, daß Gr. A. H. ohne Stimmrecht, also ohne die Möglichkeit wirksamen Widerspruches, die Verhandlungen des conseils anhört.

Seite 8. „nicht besser erscheinen“; der Fehler der Situation liegt darin eben, daß auf das „Erscheinen“ zu viel Wert gelegt wird; auf das Sein und das Können kommt es an, und das ist nur die Frucht ernster und besonnener Arbeit.

Seite 9. Die Theilnahme Gr. A. H. an den conseils ist keine „active Stellung“, und „Abstimmungen“ des Kronprinzen finden nicht statt.

Seite 9. Die Mitteilung an „berufenen“ (H) Personen ohne Ernährung Gr. Majestät würde gegen die Strafgesetze verstossen. Das Recht der freien Meinungsäußerung wird ja Gr. A. H. nicht verschärft, im Gegenteil, gewünscht; aber nur im conseil, wo die Aeußerung ja allein von Einfluß auf die zu fassenden Entschlüsse sein kann. Den Gegenfall „vor dem Lande offen zu legen“ kann nur eine Befriedigung des Selbstgefühls bezeichnen, und leicht die Folgen haben. Unzufriedenheit und Unbotmäßigkeit zu fördern, und dadurch der Revolution die Wege zu bahnen.

Seite 10. Erklären wird Gr. A. H. den Ministern die Arbeit ohne Zweifel, und bequemer würde ihre Ausgabe sein, wenn Gr. A. H. sich nicht an den Sitzungen beteiligte. Aber kann

Falten um den Mundwinkel, der Festigkeit in der Haltung.

„Liebes Kind?“ fragt er gütig und doch ein wenig ungeduldig, indem er die Adresse betrachtet und den Finger in den Briefumschlag schiebt, um ihn zu lösen. Täglich hat er einen Stoß von Poststücken zu erledigen; da schreiben Collegen, Patienten, da sind Kranken- und Armengesuche.

Sie legt ihre kleinen Finger auf seinen Arm, um ihn noch zurückzuhalten von seinen Berufsgeschäften, und sie hat ein Mühen, aus ihrer Stimme Gleichmäßigkeit klingen zu lassen.

„Balzer, hat mich da eben gebeten —“

Eine ungeduldige Bewegung.

„Ist er nüchtern? Ja, dann kann ich ja mit ihm reden.“

Ihre Wangen färben sich leicht, sie sieht ihn unzufrieden an.

„Er ist so bange, er fürchtet — und ich will hiermit ein gutes Wort —“

„Nein, Minni, das kann nichts mehr ändern. Ich habe ihm kürzlich die Entlassung angedroht im Wiederholungsfalle. Und vorhin war seine weinende Frau bei mir.“

„Auch — um dir zu bitten?“ fragt sie schnell.

„Nein, um ihn zu verklagen!“

„Sei doch nicht so hart, diesmal nicht!“ hofft sie und ihr Atem fliegt; sie sieht ins Weite, in das Grüne des Gartens.

„Dann ich nicht. Ich gab mein Wort!“

„Das hebt sich — ich gab meins auch, daß ihm noch einmal verziehen würde.“

„Du?“

Sie richtet ihre zierliche Gestalt auf.

„Ich bin doch die Frau vom Hause.“

„Sollst du auch sein“, lädt er gutmütig, „sollst in allen Dingen regieren. Meinen Aufsichts mußt du aber mir überlassen.“

„Du machst die Familie unglücklich!“

Im Gegenthell. Wenn er aus der Gegend fort muß, was wohl sein wird, denn wer nähme ihn hier, so ist die fleiße Frau von einem Lumpen bestellt.“

(Fort. folgt.)

Prinz Niko

Roman von G. Delv.

[Nachdruck verboten.]

12)

(Fortschung.)

Ein Augenblick sieht Reisenstein dem Betrunkenen zu, dann geht er hinüber.

„Balzer, was soll das?“

„Ach, der Herr Medizinalrath?“ Er sucht eine sehe Stütze an dem Posten, gleitet aber von dort auf den Preßstein hinunter. Die feste Hand des Herrn zieht ihn empor.

„Ach, Herr Medizinalrath — bloß sehn' Sie mal, bloß will das dumme Thor nich' auf. Bloß, was 'ne Wirthschaft! Und er fährt mit dem Schlüssel in der Lust herum.“

„Balzer — du kommst wieder aus dem Wirthshaus —“

„Nee, was Sie sagen? Nee, ich komm' doch von meiner Alten. Un' denn, nich' der Rede wert — was ich hinter die Binde gegossen habe. Wirklich nich' — Fragen Sie 'mal die gnädige Frau? Nee, daß ich mir nach so was doch 'n bißchen bess'r thun wollte.“

Der andre nimmt ihm den Schlüssel aus der Hand und läßt ihn auf.

„Wie 'n Hund will ich dich da auf der Straße nicht liegen lassen. Marß in deine Kammer — morgen sprechen wir weiter!“

Der Trunkene, dem der Ton doch auffällt, richtet sich empor.

„Herr Medizinalrath, morgen! Freilich, wenn Sie über meinen, nee, ich weiß, wer ich bin, und was ich sage. Un' die gnädige Frau — nee, die läßt es gewiß nich' zu, wenn Sie mich wegziehen wollen, die nich'!“

Der Mann bekommt noch eine Nachhilfe durch seinen Druck gegen die Schulter. Dann zieht der Medizinalrath die Seitenpforte wieder zu und geht die Stufen nach seiner Haustür hinauf.

Herr v. Reisenstein steht erstaunt auf, als seine

Se. Majestät Sich der Pflicht entziehen, so viel als in menschlichen Kräften steht, dafür zu thun, daß der Kronprinz die Geschäfte und Gezeiche des Landes kennen lerne? Ist es nicht ein gefährliches Experiment, den künftigen König den Staatsangelegenheiten fremd werden zu lassen, während das Wohl von Millionen darauf beruht, daß Er mit denselben vertraut sei? G. A. H. beweist in dem vorliegenden mémoire die Unbekanntheit mit der Thatsache, daß die Theilnahme des Kronprinzen an den conseil-Verhandlungen niemals ist, sondern nur eine informatorische, daß ein votum von G. A. H. niemals verlangt werden kann. Auf dem Verkennen dieses Umstandes beruht das ganze raisonnement. Wenn der Kronprinz mit den Staatsangelegenheiten vertrauter wäre, so könnte es nicht geschehen, daß G. A. H. dem Könige mit Veröffentlichung der conseil-Verhandlungen drohte, für den Fall, daß der König auf die Wünsche G. A. H. nicht einginge; also mit einer Verleugnung der Gesetze, und obnein der Strafgesetze. Und das wenige Wochen, nachdem G. A. H. selbst die Veröffentlichung des Briefwechsels mit G. Majestät in sehr strengen Worten gerügt hat.

Seite 11. Der erwähnte Vorwurf ist allerdings für jedermann im Volke ein sehr naheliegender; niemand klagt G. A. H. einer solchen Absicht an, aber wohl sagt man, daß andere, welche solche Absicht begießen, dieselbe durch die unbewußte Mitwirkung des Kronprinzen zu verwirklichen hoffen, und daß ruchlose Attentate jetzt mehr als früher ihren Urhebern die Aussicht auf einen Systemwechsel gewähren.

Seite 12. Das Verlangen, rechtzeitige Kenntniß von den Vorlagen der Sitzungen zu haben, ist als ein begründetes jederzeit erkannt worden, und wird stets erfüllt, ja der Wunsch ist häufig laut geworden, daß G. A. H. die Hand dazu biete, genauer als es bisher möglich war, au courant gehalten zu werden. Dazu muß der Aufenthalt G. A. H. jederzeit bekannt und erreichbar, der Kronprinz für die Minister persönlich zugänglich, und die Discretion gesichert sein. Besonders aber ist nötig, daß die vorfragenden Räthe, mit denen allein G. A. H. die schwedenden Staatsachen zu bearbeiten berechtigt sein kann, nicht Gegner, sondern Freunde der Regierung seien, oder doch unparteiische Beurtheiler ohne intime Beziehungen zur Opposition im Landtage und in der Presse. Der schwierigste Punkt ist die Discretion, besonders gegen das Ausland, so lange nicht bei G. A. H. und bei Ihrer A. H. der Frau Kronprinzessin das Bewußtsein durchgedrungen ist, daß in regierenden Häusern die nächsten Verwandten nicht immer Landsleute sind, sondern nothwendig und pflichtmäßig andere als die preußischen Interessen vertreten. Es ist hart, wenn zwischen Mutter und Tochter, zwischen Bruder und Schwester eine Landesgrenze als Scheideline der Interessen liegt; aber das Vergessen derselben ist immer gefährlich für den Staat.

Seite 12. Die „lechte Conseilsitzung“ (am 8.) war keine conseil-Sitzung, sondern nur eine den Ministern selbst vorher nicht bekannte Berufung zu G. Majestät.

Seite 13. Die Mittheilung an die Minister würde dem mémoire einen amtlichen Charakter geben, welchen Auslassungen der Thronfolger an sich nicht haben.



Das Jubiläum des Kaisers Franz Josef.

Ein Wolke der Trauer liegt über Oesterreich-Ungarn. Der tragische Tod der Kaiserin Elisabeth am 10. September in Genf durch die ruchlose Hand eines Mörders hat den Jubelhymnus, der den Abschluß der fünfzigjährigen Regierungsperiode des Kaisers am 2. Dezember begrünen sollte, in eine tiefe und schmerzhafte Lage verwandelt. Ebenso verworren und hoffnungslos wie heute waren an dem Tage, als er die Regierung antrat, die Zustände seines Reiches. Damals, am 2. Dezember 1848, befand sich Ungarn in vollem Aufstande gegen das habsburgische Regiment. Nur durch eine wochenlange Belagerung und einen erbitterten Straßenkampf war die Hauptstadt Wien wieder der Regierungswelt des Kaisers unterworfen worden. Grausame Strafen und Hinrichtungen, das Kriegsgericht und der Belagerungszustand hatten die Städte der Lombardie zur Unterwerfung, wenigstens in ihrer äußeren Haltung, gezwungen. Im Inneren gähnte der unverhönlische italienische Haß fort und ein neuer Krieg mit Sardinien stand bevor. Das einzige Band, das Oesterreich zusammenhielt, war das Heer und die Hoffnung auf den jungen Kaiser. Franz Josef war durch die Abdankung seines Onkels, des alten kranken Kaisers Ferdinand, und die Verzichtsleistung seines Vaters, des Erzherzogs Franz Karl, auf den Thron gelangt, wenige Monate zählte er über achtzehn Jahre. Das sprichwörliche habsburgische Glück erwies sich anscheinlich auch ihm günstig. Ungarn und Sardinien wurden besiegt, Preußen in Olmütz gedemütigt, mit der Wiederherstellung des deutschen Bundesstaates gewann Oesterreich seine Hegemonie in Deutschland wieder. Das Ruhebedürfnis der Völker nach den Sürmen und Erstürmungen des Jahres 1848 machte auch in Oesterreich und in Ungarn die politische und kirchliche Reaction eine Weile erträglich; der Blut- und Vermögensverlust, den die Revolution verursacht hatte, verlangte zuerst Erfordern und Ausgleich, ehe die nationale und die Freiheitsbewegung wieder einzeln konnte.

In der Geschichte werden die Katastrophen von 1859 und 1866 die Hauptereignisse der Regierungszeit Franz Joses bilden. Nicht durch seinen Ehrgeiz oder durch die Unklugheit und Tyrannie seiner Maßregeln hat Franz Josef diese Katastrophen verschuldet; sie traten wie nothwendige Naturereignisse ein, wie Erdbeben und Sturmflut, als die Bedingungen dazu erfüllt waren. Das Königreich Italien, das deutsche Reich unter Preußens Führung waren Ziele, denen die Entwicklung des italienischen und des deutschen Volkes mit allgewaltiger Sehnsucht entgegenstrebt. Die Einbuße an Land, die es durch die Aufgabe der Lombardie und Venetiens erfuhr, hat Oesterreich freilich bald wieder eingeholt. Der Berliner Vertrag im Jahre 1873 hat ihm in Bosnien und der Herzegovina wertvolle und zukunftsreiche Gebiete überlassen und ihm auf der Balkanhalbinsel eine politische Stellung verschafft, wie es dieselbe dort vordem nie besessen. Allein der Austritt Oesterreichs aus dem neuen deutschen Reiche hat die Deutfch-Oesterreicher ihrer führenden Rolle in dem Staatswesen beraubt, die Zweithaltung der Monarchie in ein transleithanisches ungarisches Königreich und in ein cisleithanisches Kaiserreich die Einheit des Ganzen bedenklich gelockert. Die nationalen Ideen, Empfindungen und Ansprüche, die zur Zeit mit einer gewissen Ausschließlichkeit die Geister beherrschten, haben die Leidenschaften und den Dünkel, die gerechten und die ungerechten Forderungen der vielen slavischen Stämme erregt und entfesselt, die weit verbreitet überall zwischen Deutschen und Magyaren wohnen und an Volkszahl ihnen überlegen sind. Daher die traurigen und gefährlichen Gegensätze und Kämpfe der Völkerstaaten, welche das Reich von innen heraus mit einer Krise und der Auflösung in einen Föderationsstaat aus den ungleichartigsten Bestandteilen bedrohen.

Dennoch vermögt niemand das gegenwärtige Oesterreich mit dem vormärzlichen zu vergleichen, ohne den mächtigen Umschwung zum Besseren anzuerkennen. Dem unerfreulichen Bilde der politischen Verirrung stellt sich die wirtschaftliche Entwicklung und die geistige Erhebung bedeutsam und glänzend gegenüber. Früher bildete Oesterreich in seiner geistigen Dummheit, seinem Mangel an Thatkraft eine Art Halbstadt im Übergang zu Asien und der Türkei, jetzt ist es der starke, nach Osten vorgezogene Posten der westeuropäischen Cultur. Sein Handel, sein Gewerbeleben sind im beständigen Wachsthum, der Aufschwung, den die ungarische Hauptstadt in den letzten dreißig Jahren aus einer nationalen Landstadt von mittlerer Größe zu einer Weltstadt mit internationalen Einrichtungen gewonnen hat, ruft den Vergleich mit der schnellen Entwicklung amerikanischer Städte hervor. Je mehr Oesterreich seinen Schwerpunkt nach Osten verlegt, desto lebendiger regt sich seine Industrie, desto weiter dehnt sie ihre Abzweigungen nach der Balkanhalbinsel aus. Seine geographische Lage macht Oesterreich von jeher zur natürlichen Brücke zwischen dem Morgen- und dem Abendlande, aber erst unter der Regierung Franz Joses ist den Völkern der Monarchie diese ihre Stellung zum Bewußtsein gekommen. Die großartige und prächtige Weltausstellung in Wien im Jahre 1873 legte dafür vollgültiges Zeugnis ab. Mit warmem Interesse und reger Teilnahme, oft mit persönlichem Eingreifen, hat der Kaiser die wirtschaftlichen Fortschritte seiner Länder beobachtet und gefördert. Wie sich die von der Türkei übernommenen verwahrlosten und zerstörten Ländereien Bosniens und der Herzegovina unter dem österreichischen Regiment in zwanzig Jahren zu blühenden, gewerbslebhaften Provinzen im friedlichen Nebeneinanderwohnen verschiedener Rassen und Religionen entwickelt haben, wird stets zu den Ruhmesstücken seiner Regierung gehören. Auch hier hat es sich gezeigt, wohin Schicksal und Beruf Oesterreich-Ungarn weisen.

Der Kaiser Franz Josef ist ein Freund des Friedens, ein Förderer der Volkswohlfahrt, ein Liebhaber der schönen Künste. Der Hauch geistiger Freiheit, künstlerischen Schaffens weht auch durch Oesterreich. Die nationale Eisernsucht der Stämme hat wenigstens das Gute gehabt, daß sie bei allen den Weise für die Entwicklung der Schulen und die Verbreitung der Bildung erweckt hat. Selbst Tschechen und Slovenen haben eingesehen, daß die Forderung nach politischer Gleichberechtigung nur durch den Beweis gleichwertiger gemeinschaftlicher Bildung gerechtfertigt werden kann. Das Jubiläum des Kaisers mahnt die Völker des Reiches zur Eintracht und zum Frieden; sie wären das edelste Geschenk für den vielgeprüften Fürsten und zugleich die Gewähr geistlichen Fortschritts für sie selber. Ihre Stellung in der Welt beruht politisch wie wirtschaftlich auf ihrer Einheit; die Epiteter, wie groß sie wären, in welch nationaler Überhebung sie sich auch aufzuflähen, würden den mächtigen Nachbarn gegenüber bald ohne Bedeutung und Rückhalt sein. Der Kaiser Franz Josef ist nicht nur der Repräsentant seines Reiches, sondern sein Einiger und sein Erhalter. Er darf sich an diesem Tage sagen, stets das Beste gewollt und trotz mancher Feindschläge Gutes und Großes erreicht zu haben, dessen segensreiche Nachwirkungen und Wohlthaten noch die Nachkommen dankbaren Gemüths genießen werden. Die richtige Bilanz eines Regentenlebens steht erst die Weltgeschichte, aber der Mitteltag steht es wohl an, einem Fürsten von so hoher Gesinnung und solcher Relichkeit des Wollens nach einer so langen Regierung ihre Anerkennung und ihre Verehrung auszusprechen.

Berlin, 1. Dez. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „Der Kaiser gedenkt mit den verbündeten Regierungen und dem deutschen Volke in inniger Anhängertheit des Tages, an welchem unser eraußer Bündesgenosse Kaiser Franz Josef vor fünfzig Jahren den Thron der habsburgischen Monarchie bestiegen. Möge die Vorsehung das thure Leben des edlen Herrschers noch lange Jahre erhalten zum Gegen Oesterreich-Ungarn und zum Heile des europäischen Friedens.“

Berlin, 1. Dez. Auf Befehl des Kaisers fand heute Abend um 6 Uhr in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche zur Vorfeier des fünfzigjährigen Regierungsjubiläums des Kaisers von Oesterreich-Königs von Ungarn ein Orgel-Concert des Prof. Dr. Reimann statt, bei welchem Solosänger und Sängerinnen, der Cellist Hecking und der durch Mitglieder des Philharmonischen Chors verstärkte Archiconzert mitwirkten. Die Kirche war dicht gefüllt. In der unteren Loge hielten sich die hier anwesenden Prinzen und Prinzessinnen,

im Altarraum und auf den reservierten Plätzen der Reichskanzler und die Staatssekretäre und Staatsminister, die Umgebungen der Majestäten, die Generalität, Vertreter hoher kirchlicher und der städtischen Behörden, ferner die Mitglieder der österreichisch-ungarischen Botschaft mit dem Botschafter an der Spitze, viele österreichische Offiziere und Angehörige der Colonie eingefunden. Auch einer Anzahl von Offizieren und Mannschaften des Kaiser Franz Garde Grenadier-Regiments Nr. 2 waren Plätze reserviert. Pünktlich 6 Uhr erschienen die Majestäten mit Gefolge, der Kaiser in seiner österreichischen Uniform, und nahmen in der oberen Loge Platz. Der erste Theil des Programms bildete eine Gedenkfeier für weiland J. M. die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, begann mit dem Trauermarsch aus Händels Samson, für Orgel und Orchester, und schloß mit Schuberl'sian, einem sanft verhallenden Alt-Solo. Miss Scarlatti's Motette „Jauchzet dem Herrn“, vom Thor herausgeschmettert, leiste der zweite Theil ein, „zum 2. Dezember 1848 bis 1898“, der die Variationen über die österreichische Hymne aus Handys Kaiserquartett für die Orgel brachte und mit Siebels Variationen über das gleiche Thema endete. Als zum Schluss Orgel, Orchester und Thor die österreichische Hymne mit gewaltiger Kraft intonierten, erhob sich das Kaiserpaar, alle Anwesenden folgten. Unter dem Geläute der Glocken verliehen darauf die Majestäten das Gotteshaus.

Am Abend, 1. Dez. Der Kaiser ist in Begleitung der Kronprinzessin - Wittwe Stephanie, deren Tochter Elisabeth sowie der Prinzessin Gisela Nachmittag 2 1/4 Uhr hier angekommen und hat sich mit dem kurz darauf eingetroffenen Prinzen Leopold von Bayern durch die festlich geschmückte Stadt unter den Dozenten der Bevölkerung nach Wallsee begeben, woselbst gleichfalls ein feierlicher Empfang stattfand.

Wien, 1. Dez. Dem „Fremdenblatt“ zufolge verließ der Kaiser den ältesten Militärwürdenträger das Militärverdienstkreuz mit Brillanten.

Im Laufe des Tages hielten zahlreiche Corporationen Huldigungs-Festlichkeiten ab. Erzherzog Ludwig Victor überreichte im Namen des Weihen Kreuzes dem Kaiser persönlich eine Huldigungsadresse der Gesellschaft. Eine Abordnung von acht österreichischen Börsenräthen übereichte dem Ministerpräsidenten eine Huldigungsadresse für den Kaiser.

Wien, 2. Dez. Zur Vorfeier des heutigen Regierungsjubiläums des Kaisers veranstalteten gestern Abend die Veteranen und Feuerwehrvereine eine imposante Lampion-Fackelzug, welcher die ganze Ringstraße durchzog. Ein zahlreiches Publikum begleitete den Zug. Ferner fand am Abend ein Japsenreich sämtlicher Regiments-Musikapellen statt, welche mit klingendem Spiel die Straßen durchzogen. Die Musikapellen begleitete ebenfalls eine große Menschenmenge, welche fortwährend in begeisterte Hochrufe auf den Kaiser ausbrach.

Wien, 2. Dez. Der heutige Jubiläumstag wurde mit Kanonendonner und Reveille eingeleitet. Die Stadt prangt im Festgewande. Menschenmassen mit schwarzen-gelben oder rothweißen Schleifen und Erinnerungsmedaillen durchwogen die Straßen. Nach dem Gottesdienst in der Garnisonkirche, an dem die Erzherzoge Theil nahmen, wurden an die Truppen Jubiläumsmedaillen verteilt. In sämtlichen Kirchen fand feierlicher Gottesdienst statt. Die Universitäten und städtischen Schulen veranstalteten Festakte. Aus der Provinz werden ähnliche Feiern gemeldet.

Wien, 2. Dez. Die Blätter veröffentlichen derartig und feiern ohne Unterschied der Porträtreichtum den Kaiser als Hüter des europäischen Weltfriedens und des ganz in der Erfüllung der Pflichten aufgehenden Monarchen. Die „Wiener Zeitung“ feiert ausschließlich das friedliche Ziel dienende Bündnis mit Nord und Süd als einer der größten Schöpfungen des Kaisers!

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ferner eine große Anzahl Auszeichnungen an Civil- und Militärpersönlichkeiten, sowie einen Amnestieerlaß für Ungarn.

Das billigste Blatt

in Danzig ist der „Danziger Courier“. Er kostet monatlich nur 20 Pfennig bei Abholung von der Expedition, Kettelerhagergasse 4 und den Abholestellen. Für 30 Pfennig monatlich wird er täglich durch unsere Botenfrauen in's Haus gebracht.

Politische Uebersicht.

Danzig, 2. Dezember.

Wiedereinzug des Kaisers in Berlin.

Berlin, 1. Dez. Das Kaiserpaar brach heute von Schloss Bellevue um 12 1/2 Uhr zum Einzug auf. Der Kaiser im Mantel mit dem Bande des Schwarzen Adlerordens zu Pferde und die Kaiserin im offenen vierspanigen Galawagen, begleitet von den Generaladjutanten Hahne und Plessen, den Flügeladjutanten Scholl und Prizewitz, dem Oberstallmeister Wedel und dem Oberhofmeister Mirbach zu Pferde, während Gräfin Brodendorff neben der Kaiserin saß, trafen am Brandenburger Thor gegen 1 Uhr ein, wo sie von einer ungeheuren Menschenmenge jubelnd begrüßt wurden. Der Bürgermeister Aischner, der Stadtverordneten-Dorsteher Langhans und neun Stadtvertreter hatten vor dem Thor Aufstellung genommen. Aischner hielt eine Ansprache an den Kaiser und die Kaiserin, worin er daran gedachte, wie Gott dieselben in fremden Landen und auf hoher See gnädig in seine Hut nahm und sie Werke des Friedens und der Liebe schaffen ließ. Möge der Aufenthalt des Kaisers im Oesterreich ein reich gesegneter sein und es dem Kaiser beschrieben sein, dem preußischen und deutschen Volke den Frieden zu erhalten und sein leibliches, geistiges und stiftliches Wohl krafft zu fördern. Redner wandte sich dann an die Kaiserin, die er als treue Gefährtin bei allen Anstrengungen der Reise, als treue, liebende Gattin feierte, die alle deutschen Herzen liebt. „Möge jeder Tag, den die Majestäten in den Mauern Berlins verleben, ein Tag hohen, ungetrübten Glücks sein.“ Der Kaiser reichte darauf dem Bürgermeister die Hand vom Pferde herab und erwiderte etwa Folgendes:

Ich danke zugleich auch im Namen der Kaiserin den städtischen Behörden für den uns bereiteten Empfang. Es freut Uns, heute wieder unsere Vaterstadt zu betreten nach der Rückkehr von der so schönen Reise, voll mächtiger Eindrücke auf den Gebieten der Religion, Kunst und Industrie. Eins aber kann Ich sagen, daß wir überall den deutschen Namen in allen Ländern und allen Städten geschätzt und geachtet gefunden haben wie nie zuvor. Ich hoffe, daß dies so bleibt und daß die Reise dazu beigetragen hat, der deutschen Energie und der deutschen Thatkraft neue Abschläge zu eröffnen und daß es mir gelungen ist, mitzumachen, unter den Völkern zurück, der Stadt, die Sie, wie Sie wissen, stets fördern helle, um Meine Arbeit wieder aufzunehmen und hoffe, daß das städtische Gemeinwesen unter Ihrer Leitung auch weiterhin Legesreich sich entwickeln werde ohne Rücksicht auf Parteien. Ich danke Ihnen nochmals, daß Sie sich durch das schlechte Wetter nicht haben abhalten lassen. Mir und der Kaiserin diesen patriotischen Empfang zu bereiten und beauftragte Sie, Unseren Dank auch den städtischen Behörden und der Bürgerschaft auszusprechen.

Der Kaiser reichte nochmals Aischner die Hand und durchtrat alsdann das Thor. Der Wagen der Kaiserin folgte. Vom Pariser Platz an begann das Spalier der Garnisonen von Berlin und Umgegend, die Truppen präsentierten und riefen Hurrah, während die Musik spielte. Auch Kavallerie und Artillerie zu Fuß, Rekruten ohne Gewehr, Fahnen und Standarten sammelten sich hinter dem Kaiser. Die Fahnenkompanie und Standarten-Eskadron schlossen sich an. Der Jubel pflanzte sich fort, die Glocken der Kirchen läuteten. Im Lustgarten nahm der Kaiser den Vorbeimarsch der Fahnen und Standarten, sowie der abmarschirenden Regimenter ab. Die öffentlichen und privaten Gebäude, auch die Botschaften waren beflaggt. Das Wetter war trüb.

Nachklänge von Thuns Rede.

Die Rede des österreichischen Ministerpräsidenten gegen Deutschland, die in Berlin ganz unerwartet gekommen ist, wird noch immer lebhaft besprochen und man sucht sich die Frage zu beantworten, welche Folgen sie haben wird: Trübung des österreichisch-deutschen Bündnisses oder Rücktritt des Grafen Thun.

Wie weit die Herzengesüsse des österreichischen Ministerpräsidenten auf die allgemeinen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine Rückwirkung ausüben geeignet sind, hängt, nach der Ansicht der „Berl. N. R.“, davon ab, in welchem Grade Graf Thun berechtigt war, sich auf ein „Einernehen“ mit dem Leiter der auswärtigen Politik des uns verbündeten Nachbarstaates zu berufen. Bis zur Abarstellung dieser Frage halten wir an der Annahme fest, daß Graf Thun zu der Überzeugung der Unhaltbarkeit seiner Stellung als Leiter der inneren Politik Oesterreichs gelangt ist und sich nach Art gewisser Bühnendarsteller, die freilich nicht auf dem Gipfel künstlerischen Adelns stehen, durch einen Theatertoupe einen Abgang mit Eclat schenken wollte. Ob allerdings das heutige Oesterreich den geeigneten Boden für derartige Arealleistungen abgibt, ist eine andere Frage, deren Beantwortung zunächst den für die weitere Entwicklung der Doppelmonarchie verantwortlichen Persönlichkeiten überlassen werden kann.

Ferner wird telegraphiert:

Aöd. 2. Dez. Die „Aöd. Big.“ schreibt zu den Erklärungen des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Thun: Wenn in österreichischen Blättern der Meinung Ausdruck gegeben worden ist, daß das deutsch-österreichische Bundesverhältnis einschwere Ershütterung erfahren habe und in seinem Bestande gefährdet sei, so werde die Tragweite der Rede des Grafen Thun sehr übersehen. Denn ein Vertrag, der schon zwanzig Jahre zwischen den beiden Völkern bestanden, könne nicht so leicht in die Brüche gehen. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich steht seine Stärke aus dem Umstande, daß es beiden Staaten zu gute kommt. Man braucht nicht abzuwarten, wer von beiden mehr empfangen oder gab. Jedenfalls werde Oesterreich die Vortheile nicht verkennen, die es aus dem Vertragsverhältnisse gezogen. Was die Einwanderungsfrage anbelange, so sei nichts einzuwenden gegen die politisch indifferente Einwanderung österreichischer Unterthanen. Die tschechische und polnische Einwanderung aber sei nicht gleichgültig für Deutschland, sondern richte sich in ihrem politischen Ergebnis gegen die Politik der Reichsregierung, die auf den Schutz und die Erhaltung des Deutschtums in allen Grenzgebieten abzielt. Von diesem Rechte werde Deutschland auch in Zukunft nicht abgehen.

Petersburg, 2. Dez. Hierfür wollen in der Rede des Grafen Thun die Abschwenkung von der so wie so schon zerfallenen Dreibundpolitik erkennen. Ueberhaupt wird hier die Meinung laut, daß die jetzige österreichische Regierung die Agitationen des Panzermonismus zu fürchten beginne, woraus man auf das baldige Ende des Dreibundes schließe.

Natürlich ist hierbei lediglich der Wunsch des Vaters des Gedankens.

Die Frauen in den Fabriken.

Seit einigen Jahren ist es üblich, den Fabrik- und Gewerbeinspectoren besondere Themen zu stellen, die den Gegenstand eingehender Erkundigungen und einer speziellen Berichterstattung in den jeweiligen Jahresberichten jener Beamten zu bilden haben. Auf diesem Wege sollen einzelne sozialpolitische Fragen verfestigt und das für ihre gesetzliche Regelung erforderliche Material beschafft werden. Für die nächstjährige Berichterstattung ist den Fabrik- und Gewerbeinspectoren als ein solches Thema die Beschäftigung verheiratheter Frauen in den Fabriken und die zweckmäßige Art der Beschränkung dieser Arbeit gestellt worden

barum, die gemachten Beobachtungen für die unverheiratheten und verheiratheten Frauen gesondert zur Darstellung zu bringen und sie in Bezug auf die verheiratheten Frauen in der von der Resolution des Reichstages angegebenen Richtung zu erweitern und zu verlängern. Eine Zählung, welche die verbündeten Regierungen im Jahre 1890 veranstalteten, ergab für ganz Deutschland 130 079 in Fabriken beschäftigter Frauen. Diese Statistik ist nicht fortgesetzt worden. Augenblicklich wird nur die Zahl der weiblichen Arbeiter überhaupt und die der unter bzw. über 21 Jahren alten Arbeiterinnen festgestellt. Diese Zahlen sind in den letzten Jahren nicht unerheblich gestiegen; die der Arbeiterinnen über 21 Jahre hat sich z. B. von 1894 bis 1896 von 383 094 auf 429 313 gesteigert. Nach Schätzung würde sich die Zahl der verheiratheten Frauen, die in Fabriken beschäftigt sind, im lehrgenannten Jahre auf rund 175 000 belauschen haben. Für die Beurteilung der Maßnahmen, die insbesondere aus hygienischen Gründen in Vorschlag gebracht werden, ist es von wesentlicher Bedeutung, ein genaues Bild der Verhältnisse zu erhalten.

Gehaltsaufbesserung für Reichsbeamte.

Berlin, 1. Dez. Aus dem Reichshaushaltsetat für 1899 wird der „Münch. Allg. Zeit.“ bezüglich der Gehälteraufbesserung mitgeteilt, daß nach dem im großen und ganzen bereits im Vorjahr erfolgten Abschluß der Aufbesserungsbewegung immerhin noch einzelne Wünsche theils des Reichstages, theils der einzelnen Verwaltungswiege zu berücksichtigen bleiben. Dementsprechend werden gemäß den Resolutionen des Reichstages die Landbrieftäger und Postschaffner besser gestellt. Gleichzeitig sind nun aber auch in allen Verwaltungen statt der Gehälter von 700 bis 900 Mk., wie bei den Landbrieftägern, solche von 700–1000 Mk., und statt der mit 800 Mk. beginnenden Unterbeamtengehälter überall mit 900 Mark beginnende Stufenfolgen vorgesehen. Bei den Reichseisenbahnen treten zu dem pensionsfähigen Wohnungsgeldzuschuß 120 Mk. hinzu. Gleichzeitig werden auch verschiedene Unterbeamtenstellungen, die wegen erforderlicher besonderer Schulung oder Beschriftung schon jetzt mit etwas höheren Gehältern ausgestattet sind, zur Aufbesserung mit vorgeschlagen. In einigen Fällen ergab sich auch das Bedürfnis, Unterbeamte, die bisher solchen herausgehobenen Klassen nicht angehörten, nachträglich in dieselben zu versetzen. Bei der Post- und Telegraphenverwaltung wird durch Ausweitung wiederruflicher Stellenlizenzen bis zu 300 Mk. für eine solche Heraushebung von 5000 Stellen gesorgt. Ferner hat sich bei einigen mittleren und höheren Beamten die Notwendigkeit eines nachträglichen Ausgleichs theils durch vermehrte Lebensbedürfnisse, theils mit Rücksicht auf ein angemessenes Verhältniß zu anderen Beamtenklassen oder durch in jüngster eingetretene Veränderungen der dienstlichen Stellung ergeben.

Der Bar über die Friedenskonferenz.

Der Pariser „Matin“ veröffentlicht jetzt den Wortlaut des Gesprächs, welches der Zar mit Dr. Staud gehabt hat. In Betracht der Abrüstungs-Konferenz hat Kaiser Nicolaus seinen Willen dahin erklärt, daß er etwas Greisbareres und Praktischeres als eine bloße Hoffnung auf den Frieden anstrebe. Seiner Meinung nach könnten sich die Mächte über folgende Punkte einigen: Nämlich sich bis zur Erzielung eines neuen Übereinkommens einen Stillstand in den Rüstungen aufzuerlegen und sich damit zu begnügen, die gegenwärtig bestehenden Rüstungen zu vervollkommen. (Das ist allerdings ein sehr unbestimmter Ausdruck.) Nach Ablauf von fünf Jahren könnte man eine neue Periode zur Einhaltung der gedachten Verbindlichkeit festsetzen. Die Mächte sollten auch die im Falle eines drohenden oder möglichen Konfliktes einzunehmende Haltung regeln. Kaiser Nicolaus spricht schiedsgerichtlichen Austragungen das Wort, da hierdurch selbst beim Fehlschlagen der bezüglichen Bemühungen die Gegner ihr kaltes Blut wieder gewinnen würden. In Ansehung Faschadas wäre es der Wunsch des Kaisers gewesen, daß England die Vereinigten Staaten und Frankreich Russland zu Schiedsrichtern gewählt hätte, wobei Kaiser Franz Josef hätte erforderlichstens den Ausschlag geben können. Kaiser Nicolaus stellt entschieden in Abrede, daß Russland Frankreich ermuntert hätte, vor den Feindseligkeiten nicht zurückzuweichen, was — wie er sagte — absurd wäre.

Der Prozeß Picquart.

Der französische Ministerpräsident Dupuy berichtet heute sein Bonmot von der „frommen Zweideutigkeit“, indem er in einer Juschrift an den „Figaro“ erklärt, er habe gefragt, das Verhältniß zwischen der Republik und der Armee würde zu Zweideutigkeiten führen, wenn der Gegensatz nicht durch die Patriotismus und durch den begeisterten Cultus für Frankreich verwischt würde.

Über die gefrischen Verhandlungen des Senats liegt folgendes Telegramm vor:

Paris, 2. Dez. Der Senat nahm einen Antrag Consans an, wonach das Gesetz von 1897, betreffend die Aufhebung der geheimen Untersuchung, auf die Militärgerichte Anwendung finden soll. Marcere brachte einen Abänderungsantrag ein, dahin gehend, es sollen die geheimen Untersuchungen im Falle nationaler Gefahr aufrecht erhalten bleiben. Der Kriegsminister Freycinet bekämpfte diesen Antrag, welcher darauf mit 199 gegen 52 Stimmen abgelehnt wurde. Waldeck-Rousseau brachte einen Antrag ein, welcher bezeichnet, den Artikel 445 der Strafprozeßordnung dahin abzuändern, daß dem Cassationshof das Recht zustehen soll, die Verfolgung aller Strafverfolgungen zu versügen, welche einer eingeleiteten Revision Hindernisse bereiten könnten. Waldeck-Rousseau verlangte für seinen Antrag Dringlichkeit. Der Justizminister Lebre sprach sich gegen die Dringlichkeit aus. Hierauf wurde die Dringlichkeit mit 130 gegen 113 Stimmen abgelehnt und die Sitzung geschlossen.

Ferner wird noch gemeldet:

Paris, 2. Dezember. Picquart mußte gestern bei seiner Vernehmung vor dem Cassationshofe wegen eines qualgenden Aehlkopfhaars wiederholen in seinen Aussagen pausieren. Er befindet sich in ärztlicher Behandlung.

Das „geheime Dossier“ wird nun doch dem Cassationshofe ausgeliefert werden, wie aus folgender Depesche hervorgeht:

Paris, 2. Dezember. Die Blätter melden, der

Kriegsminister Freycinet werde dem Präsidenten der Kriminalkammer des Cassationshofes Lask erklären, das geheime Dossier könne dem Cassationshofe nur unter der Bedingung dringender Geheimhaltung übergeben werden. Insolberheit dürfe der Anwalt der Frau Dreyfus Mornard von dem Inhalte des Dossiers nichts erfahren. — Der „Matin“ behauptet, die geheimen Schriftstücke hätten für die Enquête keinerlei entscheidende Bedeutung und hätten eigentlich mit dem Dreyfus-Angelegenheit gar nichts zu thun. Sie enthielten aber Namen, deren Enttäuschung nicht ungesährlich sei. Wie das Blatt weiter meldet, hat die Kriminalkammer beraten, in welcher Weise dem Wunsche Freycinets Rechnung getragen werden könnte.

Rücka.

Gestern Nachmittag ist der Pforte von den Dragomans der vier Mächte die Notification betreffend die Ernennung des Prinzen Georg von Griechenland zum Ober-Commissionar von Kreta überreicht worden. Die Notification ist begleitet von einer Note, in welcher erklärt wird, die vier Mächte würden die Interessen der öffentlichen ottomanischen Schule auf Kreta wahren.

Wien, 2. Dezember. Wie das Correspondenzbureau aus Aanea meldet, hielten die Insurgenten von Akrotiri und Holepa gestern Vormittag feierlichen Einzug in die Stadt, um die Waffen abzuliefern. Die Bevölkerung bereitete den Insurgenten lebhafte Ovationen. Die Admirale und Consuln waren bei dem Einzuge anwesend.

Deutsches Reich.

Berlin, 2. Dez. Wie dem „Vorwärts“ aus Erfurt gemeldet wird, ist den von dort Ausgewiesenen im Regierungssaal mitgeleitet worden, daß die Ausweisung vorläufig wieder aufgehoben sei.

* [Die Feldartillerie-Regimenter] der Armee, welche das neue Schnellfeuergeschütz bis jetzt noch nicht in Händen hatten, werden, wie die „Garde-Volkssig.“ erfaßt, noch vor Abschluß des Jahres gleichfalls damit ausgerüstet und somit die gesamte Feldartillerie mit dem Schnellfeuergeschütz versehen sein, so daß die Ausbildung der im Oktober eingetretenen Rekruten bei allen Regimentern mit dem neuen Geschütz zu erfolgen vermag.

* [Zum Spielerprozeß in Hannover] schreibt das „Deutsche Adelsblatt“ u. a.:

Ist es denn gar nicht möglich, den Drachen der Spielwelt, des Lugus- und Genügebuchs unter den jungen Edelleuten auszurotten? — Wiederum steht eine Anzahl adliger Offiziere vor Gericht mit einem schmutzigen Wucherjudentum, wiederum verkünden die Zeitungen urbi et orbi, wie viel Geld die Herren gebrauchen, ihren „noblen Positionen“ zu fröhnen! Darum noch einmal bei diesem traurigen Anlaß: „Deutscher Adel, ermanne dich, besiegne dich auf dich selbst“, sonst wirst du eine Hypokritie, ein Scheinding, eine verkörperte Lüge, der recht geschieht, wenn sie unter dem Hohngelächter „der anderen“ in sich selbst zusammen sinkt, wie leider der einst so stolze französische Adel, der längst nichts weiter von sich zu wissen scheint, als daß er ein Decoratio ist. Solche Vorfälle, wie diese Hannoverschen Prozesse, sind gewaltige Mahnrufe an den Adel, daß er wirklich edel sei. Hier wird ihm gezeigt, wo es steht.

Aiel, 1. Dez. Über neue Ausweisungen aus Schleswig-Holstein wird der „Aiel. Zeit.“ berichtet: Aus Alsen wurden 17 Dienstboten mit 24ständiger Frist ausgewiesen. Im Kreise Hadersleben wurden ebenfalls sechs Dienstboten und ein Arbeiter, der verheirathet ist und vier Kinder hat, mit einer Frist von nur vierundzwanzig Stunden ausgewiesen. — Aus der Gemeinde Hagenberg auf Alsen schreibt man, daß die deutsch gesinnten Gemeindemitglieder im Begriff sind, einen Antrag an den Oberpräsidenten v. Kölle einzureichen, er möge die Ausweisungsordre an den Hofbesitzer R. Schmid und Familie zurücknehmen.

Spanien.

Madrid, 2. Dez. Eine Kundgebung von Studenten, welche sich weigerten, den Unterricht wieder zu besuchen, wurde schnell unterdrückt. Der französische Botschafter Palendre übergab der Königin-Regentin den Großcordon der Ehrenlegion. Bei den Ceremonien wurden herzliche Worte ausgetauscht.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 2. Dezember.

Wetterausichten für Sonnabend, 3. Dezember, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Kalt, meist trübe. Gleichweise Niederschläge. Sturmwarnung.

* [Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Landeshauptmann Jäckel.] Schon heute Vormittag prangte der große Sargzaal des Landeshauses in gediegener Trauermode. Auf der sonstigen Rednertribüne war das Rednerpult zum Altar umgewandelt und mächtige Palmzäune flankierten denselben. Vor dem Altar war eine statliche Gruppe tropischer Gewächse aufgestellt. Auch in den Vorräumen zum großen Sargzaale sind sämmtliche Kronleuchter und prunkenden Verzierungen schwarz drapiert und eine Allee tropischer Gewächse führt zu dem eigentlichen Trauergemach. Zur Trauerfeier selbst, die morgen um 10th Uhr im Landeshause beginnt, sind Eintrittskarten ausgegeben; jedoch soll der Eintritt vor 10 Uhr nicht gestattet sein. Über den Leichenconduct ist bis jetzt nur soviel bestimmt, daß dem Leichenzug voran die sämtlichen Beamten der Provinzial-Verwaltung gehen werden. Auch die Kriegervereine werden sich voraussichtlich in corpore an dem Trauerzug beteiligen. Weitere prächtige Blumenspenden, die an der Bahre des Verstorbenen niedergelegt werden sollen, sind gestern bei unseren hiesigen Gärtnern zahlreich in Bestellung gegeben, und zwar vom Herrn Oberpräsidenten v. Goßler ein nach dem persönlichen Geschmack seiner Söhne angeordnetes Arrangement von Lorbeer- und Palmzweigen, Camelias, Orchideen, Christ- oder Schneebäumen, ferner von dem comandirenden Generalherren v. Lenze ein prächtiges Palmen-Arrangement. Prächtige Kränze und Blumenspenden, außer den schon gestern von uns genannten, prangen in den einzelnen Schausälen, u. a. solche von den Offiziercorps des Grenadierregiments König Friedrich I. des Landwehrbezirks Danzig und der königlichen Gewehrfabrik, vom Director und den Beamten der Provinzial-Innenstation in Conradstein, von der Stadt Danzig,

dem Amtse Strasburg, sowie dem Amtse Schwerin, den Rechtsanwälten des Landgerichtes Danzig, der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt der Provinz Westpreußen, von dem Polizei-Inspector und den Polizei-Commissionären der hiesigen Polizeidirection u. s. w. Auch der Flügeladjutant des Kaisers Herr Oberst Mackensen, ein Verwandter des verstorbenen, wird zur Trauerfeier hier erwartet und hat bei einer hiesigen Firma einen prächtigen Aran von deutschen Eichenblättern und Epheu mit Blumentuff in Bestellung gegeben.

* [Direkter Seeverkehr.] In direkter Fahrt von Fernandina im Florida mit 3000 Tons Phosphat kommend, traf der norwegische Dampfer „Frøv“ im hiesigen Hafen ein. Derselbe wird nach Entlöschung seiner Ladung hier Zucker einnehmen und ebenfalls in direkter Fahrt nach Nordamerika befördern.

* [Röntgenstrahlen-Apparat.] Der für das hiesige chirurgische Stadtlazareth neu beschaffte röntgenstrahlende Apparat zu Untersuchungen mittels Röntgenstrahlen wurde gestern Abend durch Herrn Röntgenstrahl Prof. Dr. Barth in jenem Lazarett vor einem Theile der Stadtverordneten-Versammlung in sehr interessanter Weise demonstriert. U. a. wurde ein Patient vorgeführt, der eine Augel in der Lunge sitzen hat, welche man mittels des Apparates klar sehen und deren Bewegungen bei dem Atmungsprozeß der Lungenflügel man genau verfolgen konnte. Da den Experimenten immer nur eine kleine Anzahl von Personen bewohnen kann, werden dieselben an den folgenden Abenden für die übrigen Mitglieder der städtischen Körperkosten fortgesetzt werden.

* [Über den Untergang der Danziger Bark „Friedrich Wilhelm I.“] wird aus Grimsby des näheren gemeldet: Die Bark mußte am Mittwoch, 23. November, in der Nordsee von der Mannschaft verlassen werden. Das Schiff war so schlecht, daß das Wasser nicht mehr bewältigt werden konnte. Die Besatzung wurde von dem Dampfschiff „Frank Buckland“ gerettet und hier gelandet.

* [Egidys Vortrag.] Über seinen lehren, zu Anfang November in Danzig gehaltenen Vortrag, über den wir damals berichtet haben, äußert sich Herr M. v. Egidy in seiner Monatsschrift „Verföhnung“ wie folgt:

Ein außerordentlich sympathischer Abschluß dieser Diskussion. Webe ich auch, unter welcher Überschrift immer, schon seit fünf Jahren den Friedensgedanken als den unentbehrlichen goldenen Faden in jeden meiner Vorträgen ein, so war es mir doch eine besondere Neuerung, hier noch einmal über die Jarenbotschaft sprechen zu dürfen. Und ich werde das wieder und wieder thun, wo und wann man es hören will. An uns, dem Volke, ist es, die Volksschule „actuell“ zu erhalten, ob auch unsere engländigen Musterchristen höhnisch die Achseln zucken. Die Danziger, wenigstens die Vielen, die den schönen Saal an- und übersäumten, zuckten die Achseln nicht. Sie verstanden mich; namentlich begriffen sie, daß die Kriegsvorbereitungen keine produktive Verwendung der Volksschule darstellen, und daß wir recht wohl fähig und in der Lage sind, diejenigen Innenwerthe (Tugenden), auf die die Erziehung und Ausbildung zum Kriege hinwirken — sowohl eine krieglose Zeit gewisse Eigenschaften noch als Werthe (Tugenden) anerkennen wird — zu pflegen, auch ohne eine kriegerische Anwendung dieser Tugenden als leichten Trost und eigentliches Ziel zu betrachten, oder gar, wie es heute ist, diese Tugenden lediglich um des Krieges willen zu pflegen. Wir werden sie fortan als Selbsttrost betrachten; werden unter diesem Gesichtspunkt die Leibesübungen pflegen; Disciplinirung der Muskeln und Glieder; Disciplinirung der Nerven und des Willens. Krieglose Zeit heißt nicht: faßt und kraftlos Zeit; Friede heißt nicht: Sieghum. — Die, in besonders guten Formen gehaltene, Besprechung führte, nicht ohne Zusammenhang mit dem Vortrage, zu einer Erörterung des Werthes und der Notwendigkeit von Organisationen.“

* [Danzig verlassen.] Der Metallarbeiter Mag Berger, Mitglied der hiesigen Parteileitung der Sozialdemokratie, hat unter Zurücklassung seiner Familie Danzig verlassen und der hiesigen Polizeibehörde in ironischer Zuversicht seine Ankunft in der Schweiz angezeigt. Herr Berger war hier bekanntlich wegen beleidigender Äußerungen in socialdemokratischen Versammlungen häufig zu Gefangenstrafe verurteilt und morgen sollte er als Angeklagter in einer neuen gegen ihn schwedenden Strafsache vor der hiesigen Strafkammer erscheinen.

* [Neue Polizei-Verordnung.] An Stelle der Verordnung des Herrn Ober-Präsidenten vom 4. August 1888, die Einrichtung und den Betrieb von Dampfsässen betreffend, wird am 1. April 1899 eine neue Polizei-Verordnung in Kraft treten, deren Veröffentlichung bevorsteht.

* [Unfall-Schiedsgericht.] In der unter dem Vorsitz des Herrn Regierungsassessors v. Henning gestern stattgefundenen Sitzung des Schiedsgerichts für die Section IV der Nordöstlichen Baugewerks-Verufs-Gesellschaft, welche durch Herrn Zimmermeister Herzog vertreten war, standen zwölf Unfallstreitigen zur Verhandlung. In einem Falle wurde die Gesellschaft zur Rentenabzahlung verurteilt, in sieben Fällen erfolgte Klageabwehr und in vier Fällen wurde Beweiserhebung beschlossen.

* [Vereinfachtes Gepäckabfertigungsverfahren.] Nachdem sich das im Anfang dieses Jahres u. a. auch im Bezirk der Eisenbahndirection Danzig zur Einführung gekommene vereinfachte Gepäckabfertigungsverfahren bewährt hat, ist dasselbe von jetzt ab noch auf folgende Stationenverbindungen ausgedehnt worden: a) von Danzig Hauptbahnhof nach Berlin Städtebahnhof und Steffiner Bahnhof, Braunsberg, Bromberg, Hohenstein, Weißpr., Ronit, Langfuhr, Lauenburg, Neufahrwasser, Oliva, Pr., Stargard; b) von Dirschau nach Berlin Städtebahnhof, Braunsberg, Bromberg, Danzig Hauptbahnhof, Elbing, Königsberg, Ronit, Marienburg. Das betreffende Verfahren kommt nur für dasjenige Reisegepäck, bei welchem Übergewicht nicht in Frage kommt und Gepäckträger nicht zu erheben ist, also lediglich für das Freigepäck zur Anwendung.

* [Inventurarbeiten.] Da gegen Ende des Jahres in den meisten kaufmännischen Geschäften die Inventur aufgenommen zu werden pflegt, so mag hiermit darauf hingewiesen werden, daß die durch die Gewerbeordnung festgesetzte Beschränkung der Arbeiten an Sonn- und Festtagen auf die Arbeiten zur Vornahme einer geistlich vorgeschriebenen Inventur keine Anwendung findet, derartige Arbeiten vielmehr ohne Erlaubnis der Polizeibehörde und auch ohne Anzeige an dieselbe ohne weiteres an Sonn- und Festtagen vorgenommen werden dürfen. Der Betriebsinhaber ist jedoch verpflichtet, wenn er solche Arbeiten austrägt, der sonst für das stehende Handelsgewerbe zugelassenen Beschäftigungszeit vornehmen läßt, ein Verzicht zu führen, in welches der Tag dieser Beschäftigung, die Zahl der beschäftigten Personen, sowie die Dauer und die Art („Inventuraufnahme“ genug) der Beschäftigung einzutragen ist. Dieses Verzeichniß ist bei der Polizeibehörde bzw. deren beauftragten Beamten und ebenso

den Gewerbeaufsichtsbeamten auf Erfordern jeder Zeit zur Einsicht vorzulegen.

* [Auspielungen.] Über die Zulässigkeit der Veranstaltung von Auspielungen herrschen im Publikum vielfach unrichtige Anschauungen. So ist z. B. die Ansicht vielfach verbreitet, daß es zur Veranlassung eines so genannten Auspielung im „Freunds- oder Bekanntenkreise“ keiner bzw. nur einer Erlaubnis der Ortspolizeibehörde bedürfe. Diese Ansicht ist irrig. Das Gesetz kennt eine solche besondere Art der Ausspielung nicht, vielmehr unterscheidet es lediglich zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen Auspielungen. Zu letzteren dagegen ist die Genehmigung des Oberpräsidenten der Provinz erforderlich. Als nichtöffentliche sind Auspielungen nur dann anzusehen, wenn die Teilnehmer (Zoosnehmer) Mitglieder eines durch Beruf oder gemeinsame Interessen gegen die Außenwelt streng abgegrenzten Personalkreises sind, z. B. Mitglieder eines nicht allzuweit verweigten Vereins, Arbeiter einer und derselben Fabrik u. s. w. Werden aber die Loose, wie es bei den oben erwähnten Auspielungen „in Freundschaften“ in der Regel geschieht, von den ursprünglichen Zoosnehmern wieder weiter an ihre Bekannten vertrieben, so daß schließlich die Zoosnehmer einander weder gegenseitig kennen, noch sonst in irgend welcher engeren Beziehung zu einander stehen, so ist die Ausspielung als eine öffentliche, der Genehmigung des Oberpräsidenten unterliegende anzusehen. Ebenso sind als öffentliche und mangels dieser Genehmigung strafbare Auspielungen zu betrachten die Veranstaltungen mancher Geschäftsleute, welche z. B. zur Weihnachtszeit zwecks Erhöhung der Kauflust des Publikums dem je- und sovieligen Käufer ein Geschenk versprechen bzw. geben, oder jedem Käufer eine Losnummer schenken und nach Ablauf einer gewissen Zeit unter den Zoosnehmern eine Verlosung veranstalten. Dagegen ist die planlose Ausgabe eines Geschenkes an einen beliebigen oder jeden Käufer beim Kauf, ohne Verlosung, ohne weiteres zulässig. Ebenso ist das Auspielen von Gängen, Häfen etc. durch Billard- oder Gesellschaftsspiele in Schankwirtschaften weder strafbar noch genehmigungspflichtig, weil bei diesen Spielen in erster Linie nicht der Zusatz, sondern die Gelegenheit des Spielers für den Ausfall des Spieles maßgebend ist. Andererseits ist die oft gewählte Bezeichnung „Gratisverlosung“ ohne Bedeutung für die Genehmigungspflicht, da die Bezahlung für das Los in der Regel in dem für die gesuchte Ware oder Billet gezahlten Preise in Wirklichkeit miteinhalten ist.

* [Strafhammer.] Der Bauunternehmer Franz Karpinski aus Zoppot ist vom Schöffengericht zu Zoppot wegen Übertretung zu 20 Mk. Strafe oder vier Tagen Haft verurteilt worden. Herr Kaufmann Fürstenberg in Danzig ließ in Zoppot einen Neubau errichten und engagierte R. als Bauleiter. Die Bauplatz fertigte der Techniker Claassen an. Dieselbe wurde bei Nachsuchung des Baukontraktes am 27. April d. J. mit der Unterschrift der Herren Fürstenberg und Karpinski bei dem Amtsvoorzicht in Zoppot eingereicht. Der Kontrakt wurde nach der Zeichnung Hrn. Fürstenberg erhoben. Nach

ich, da er arbeitscheu ist, schon viel in der Welt herumgetrieben. Im Mai d. J. kehrte er aus der Ferne in seine Heimat zurück und hielt sich bei seinem Vater, dem Räucherer Welt in Deutscher-Welt aus. Bald entstand aber zwischen ihm und seinem Bruder ein Streit, in dessen Verlauf er aus dem Hause gewiesen wurde. Als der Angeklagte sich entfernte, stieß er die Drohung gegen seine Angehörigen aus: „Es wird Euch schon noch leid thun, ihr werdet schon an mich denken.“ Diese Drohung führte er noch an demselben Abend aus. Als die Leute bereits überall schliefen, schlich er sich zum Hause seiner Eltern und stach das Türrahmen der Scheune an. Wohnhaus, Stall und Scheune standen unter einem Dache und brannten vollständig nieder. Der Angeklagte, der schon hinsichtlich seines Freistandes in der Irrenanstalt zu Konradstein beobachtet worden ist, gestand seine That ein und wurde zu siebenjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

dd. Stolp-Lauenburg, 1. Dez. In dem Protest gegen die Wahl des Hofbeamten Will-Schwein zum Reichstagsabgeordneten von Stolp-Lauenburg wird durch zahlreiche Beweisanträge Feststellung darüber verlangt, daß die Majorität für den conservativen Kandidaten nur dadurch zu Stande gekommen ist, daß in mehr als in hundert ländlichen Wahlbezirken außer den geschilderten Wahlgemeinderverleihungen den Wahlberechtigten beides die Ausübung des Wahlrechts gegen ihren Willen und ohne ihre Versäumniss unmöglich gemacht, beides durch Versprechungen, Drohungen und Bestechungen die Freiheit der Stimmenabgabe beeinträchtigt, gehemmt und unmöglich gemacht worden ist. In einer Reihe genau bezeichneten ländlichen Wahlbezirken seien den Wählern für die Abgabe conservativer Stimmen die Verabschiedung von Roggen, Kartoffeln, Trink-Spiritus, Aleo, Heu, Rauhfleisch etc. sowie sonstige

Begünstigungen versprochen worden. An der offenen Wahltagung zu Gunsten des conservativen Kandidaten hätten sich Eisenbahn-, Hafenbau- und Kreisbeamte, Amtsvoirsteher, Gemeindescheiter, Gendarmen, Amts- und Polizeideutner, Chausse-Ausleger und Nachtwächter beteiligt. Nach der am Schlusse des Protests gemachten Aufstellung sind in den Bezirken, welche die Protestpunkte berühren, für den conservativen Kandidaten Will 7395, und für den liberalen Kandidaten Wüstenberg 2887 Stimmen amtlich ermittelt worden. Werden diese Wahlbezirke vollständig kassiert, so verbleiben für Herrn Will nur noch 5466 und für Herrn Wüstenberg 9290 Stimmen.

* Der Stadt Königsberg hat ein Fräulein Bertha Höpner aus Berlin ihr Vermögen in Höhe von 220 000 Mk. lehntwillig vermacht mit der Bedingung, daß nur zwei ihrer Verwandten jährliche Renten von 600 und 800 Mk. erhalten. Die Königsberger Gemeindeverwaltung hat die Erbschaft angenommen und die erforderlichen Schritte zur Erlangung der landesherrlichen Erlaubnis eingeleitet.

Aus Saalfeld in Ostpr. wird uns folgende von einem Einzelner verbürgte Mittheilung gemacht:

Am 29. Oktober er. wurden vor dem hiesigen Amtsgerichte 16 Prozesse russisch-polnischer Arbeiter gegen Herrn Gustav Eben-Gebau entschieden, wobei recht auffällige Vorkommnisse festgestellt wurden. Der Fall wurde fast durch die gesammelte Presse unserer östlichen Provinzen besprochen. Hierauf ließ Herr Eben als Entgegnung auf jede Zeitungsbericht durch mehrere Blätter der Provinz die Behauptung verbreiten, er habe gegen jene Urtheile Verurtheilung eingelegt. Es dürfte wohl im Interesse der Sache liegen, nunmehr durch die Presse das Publikum darüber

anzuhören, daß Herr Eben gegen keine der sämtlichen 16 Urtheile Verurtheilung eingelegt hat.

Vermischtes.

Bonjibar, 2. Dez. In Folge der in Tschakow vorgenommenen Pestfälle müssen sich alle von Madagaskar hier ankommenden Schiffe einer Quarantäne unterwerfen.

Standesamt vom 2. Dezember.

Geburten: Lüchterschelle Hermann Dietrich, S. — Arbeiter August Grabowski, I. — Stellmacher Anton Jaworski, S. — Wagenführer bei der elektrischen Straßenbahn Johann Germuth, I. — Arb. Wilhelm Behnke, I. — Seemann Wilhelm Fertl, I. — Arb. Friedrich Schröder, S. — Arb. Adam Dreiling, I. — Arb. Friedrich Westkowsky, I. — Unehelich: 2 Z.

Aufgebote: Monteur Josef Ignaz Brokowski und Louise Eugenia Rosensky. — Arbeiter Adolf Friedrich Kreuer und Emilie Mathilde Grod. — Sämmlich: 2 Z.

— Arbeiter Hermann Gustav Schröder hier und Auguste Bertha Koschützki zu Ober-Buschau. — Schlosser Gustav Brogi hier und Henriette Hermine Auguste Bröhn zu Abbau Odingen. — Arbeiter Heinrich Gustav Krämer und Bertha Henriette Schulz zu Heinrichswalde. — Kaufmann Ernst Adolf Schulz und Anna Alster, beide hier.

Heirathen: Mühlen-Werkführer Ferdinand Gumbrecht und Auguste Gottschau, geb. Schilling. — Monteur Franz Schreiter und Auguste Alaukti. — Bote bei der königl. Fortification Karl Alann und Agnes Ormanin.

— Arbeiter Grod Striegler und Auguste Lipinski. — Sämmlich hier.

Todesfälle: S. d. Schaffners bei der elektrischen Straßenbahn Karl Baaske, 2 M. — Frau Charlotte Jakobine Thiel, geb. Kupi, 66 J. — Frau Gertrude Dienig, geb. Spieck, 58 J. — S. d. Lüchterschellen Gustav Hollasch, 6 M. — Witwe Louise Parpart, geb.

38 M. Br.

Scholzki, 67 J. — S. d. verstorbenen Kaufmanns Paul Schlied, 6 M.

Danziger Börse vom 2. Dezember.

Wasen in besserer Frage bei unveränderten Preisen. Bezahlt wird für inländ. blaupig 758 Gr. 143 M. hellblau 758 Gr. 161 M. 783 Gr. 161 M. hochblau 745 Gr. 161 M. 789 Gr. 162,50 M. 785 Gr. 163 M. sein hochblau glasig 761 Gr. 163 M. hochblau leicht beige 764 Gr. 157 M. weiß 786 Gr. 164 M. roth 788 Gr. 161 M. per Tonne.

Rogen unverändert. Bezahlt ist inländischer 697 und 702 Gr. 142,5 M. 694, 697, 700, 702, 705, 714 und 738 Gr. 143 M. Alles per 714 Gr. per Tonne.

— Weisse ist gehandelt inländ. grobe 686 Gr. 140 M. russische zum Transit große 674 Gr. 96 M. weiß 893 Gr. 117 M. per Tonne. — Hafer inländ. 127,5, 128 M. per Tonne bei. — Erbsen inländ. grüne 145 M. poln. zum Transit mittel 122 M. per Tonne gehandelt. — Pferdeböden russ. zum Transit 114 M. per Tonne bei. — Bohnen russ. zum Transit weiße 115 M. per Tonne gehandelt. — Rüben russ. zum Transit Sommer-beleg 177 M. per Tonne bei. — Weizenkleie grobe 4,20 M. extra grobe 4,25 M. mittel 4, 4,05 M. feine 3,80, 3,90, 3,95 M. per 50 Kilogr. gehandelt. — Roggenkleie 4,25, 4,30 M. per 50 Kilogr. bezahlt. — Spiritus fest. Contingenter loco 38 M. Br.

Schiffsliste.

Reisfahrer, 1. Dezember. Wind: S. Angenommen: Antwerpen (SD.), Holm, Boston U.S., Zucker. — Alexandra (SD.), Rhode, Halisag, Zucker.

— Freda (SD.), Holm, London, Güter. — Rhea (SD.), Rodenbach, Königsberg, Güter. — Bernhard (SD.), Arp. Königsberg, leer.

Verantwortlicher Redakteur Georg Sander in Danzig. Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Bekanntmachung.

Beider am 23. d. Ms. stattgefundenen Ausloosung der Obligationen des ehemaligen Landkreises Danzig — II. Emission — sind folgende Nummern gezogen worden:

Littr. A über 2000 M. die Nummer 30.
B : 1000 - - - 34, 35.
C : 500 - - - 46, 47, 48, 49, 50, 51.
D : 200 - - - 180, 181, 182, 183,
184, 185, 186, 187.

Die ausgelosten Obligationen werden den Besitzern mit der Aufforderung hierdurch gekündigt, die entsprechende Kapitalabfindung vom 2. Januar 1899 ab bei der Kreis-Kommunal-Kasse des Kreises Danziger Niederung hier selbst gegen Rückgabe der Obligationen nebst sämtlichen dazu gehörigen Coupons und Talons in Empfang zu nehmen.

Danzig, den 23. Juni 1898. (8738)

Der Kreisausschuß des Kreises Danziger Niederung.

Bekanntmachung.

Bei der am 23. Juni d. J. stattgefundenen Ausloosung der Obligationen des ehemaligen Landkreises Danzig — III. Ausgabe — sind folgende Nummern gezogen worden:

Buchstabe A über 1000 M. die Nummern 16, 17, 42, 66, 88, 239.
B : 500 " 18, 43, 96, 126.
C : 200 " 177, 178, 198, 326, 350,
384, 494.

Die ausgelosten Obligationen werden den Besitzern mit der Aufforderung hierdurch gekündigt, die entsprechende Kapitalabfindung vom 2. Januar 1899 ab bei der Kreis-Kommunal-Kasse des Kreises Danziger Niederung hier selbst gegen Rückgabe der Obligationen, sowie der sämtlichen dazu gehörigen Inscheine und Anweisungen in Empfang zu nehmen.

Danzig, den 23. Juni 1898. (8737)

Der Kreisausschuß des Kreises Danziger Niederung.

Bekanntmachung.

Bei der am 23. Juni d. J. stattgefundenen Ausloosung der Obligationen des ehemaligen Landkreises Danzig — III. Ausgabe — sind folgende Nummern gezogen worden:

Buchstabe A über 1000 M. die Nummern 16, 17, 42, 66, 88, 239.
B : 500 " 18, 43, 96, 126.
C : 200 " 177, 178, 198, 326, 350,

384, 494.

Die ausgelosten Obligationen werden den Besitzern mit der Aufforderung hierdurch gekündigt, die entsprechende Kapitalabfindung vom 2. Januar 1899 ab bei der Kreis-Kommunal-Kasse des Kreises Danziger Niederung hier selbst gegen Rückgabe der Obligationen, sowie der sämtlichen dazu gehörigen Inscheine und Anweisungen in Empfang zu nehmen.

Danzig, den 23. Juni 1898. (8737)

Der Kreisausschuß des Kreises Danziger Niederung.

Concurseröffnung.

Über das Vermögen des Kaufmanns Hermann Sturtevant in Danzig, Bröbbelgasse 9, wird heute am 1. Dezember 1898, Mittags 12 1/2 Uhr, das Concurserfahren eröffnet.

Der Kaufmann A. Striepling, hier, Gasse 51, wird zum Concurserwalter ernannt.

Concurserforderungen sind bis zum 1. Januar 1899 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Bechlußfassung über die Beibehaltung des erkannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Fällen über die im § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände — auf den 22. Dezember 1898, Vormittags 11 Uhr,

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 14. Januar 1899, Vormittags 10 1/2 Uhr,

— vor dem unterzeichneten Gerichte, Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concurserwalter bis zum 22. Dezember 1898 Anzeige zu machen. (16373)

Königliches Amtsgericht Abth. 11 zu Danzig.

Concurseröffnung.

Über das Vermögen des Kaufmanns Alwin Kannenberg in Stuhm, des Inhabers der Firma C. Kannenberg in Stuhm wird heute am 29. November 1898, Nachmittags 5 1/4 Uhr, das Concurserfahren eröffnet.

Der Molkereidirektor Herr George Claus in Stuhm wird zum Concurserwalter ernannt.

Concurserforderungen sind bis zum 1. Januar 1899 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Bechlußfassung über die Beibehaltung des erkannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Fällen über die im § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände — auf den 22. Dezember 1898, Nachmittags 10 1/2 Uhr,

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 13. Januar 1899, Nachmittags 10 1/2 Uhr,

— vor dem unterzeichneten Gerichte, Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concurserwalter bis zum 22. Dezember 1898 Anzeige zu machen. (16372)

Königliches Amtsgericht Abth. 11 zu Danzig.

Concurseröffnung.

Über das Vermögen des Kaufmanns Alwin Kannenberg in Stuhm, des Inhabers der Firma C. Kannenberg in Stuhm wird heute am 29. November 1898, Nachmittags 5 1/4 Uhr, das Concurserfahren eröffnet.

Der Molkereidirektor Herr George Claus in Stuhm wird zum Concurserwalter ernannt.

Concurserforderungen sind bis zum 1. Januar 1899 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Bechlußfassung über die Beibehaltung des erkannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Fällen über die im § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände — auf den 22. Dezember 1898, Nachmittags 10 1/2 Uhr,

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 13. Januar 1899, Nachmittags 10 1/2 Uhr,

— vor dem unterzeichneten Gerichte, Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concurserwalter bis zum 15. Dezember 1898 Anzeige zu machen. (16322)

Königliches Amtsgericht zu Stuhm.

Bekanntmachung.

Das Recht zur Erhebung des Marktstandgeldes an den Wochenmärkten in der heiligen Stadt soll vom 1. April 1899 ab anderweit vergeben werden. Hierzu steht auf

Mittwoch, den 7. Dezember 1898, Vormittags 11 Uhr, an Rathausstelle, Zimmer Nr. 9 hier selbst, Termin an. Die Verhandlungen liegen in unserem Secretariat, Zimmer Nr. 2, zur Einsicht aus und können auch von dort gegen Schreibgebühren bezogen werden. Die bisherige Facht beträgt 4900 M. pro Jahr.

Marienwerder, den 23. November 1898.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Das Recht zur Erhebung des Marktstandgeldes für die beiden hier jährlich stattfindenden Jahrmarkte soll vom 1. April 1899 anderweit vergeben werden.

Hierzu steht auf

Mittwoch, den 7. Dezember d. J., Mittags 12 Uhr, an Rathausstelle — Zimmer Nr. 9 — hier selbst Termin an. Die Bedingungen liegen in unserm Secretariat — Zimmer 2 — zur Einsicht aus und können auch von dort gegen Schreibgebühren bezogen werden. (16122)

Die bisherige Jahrespacht beträgt 350 Mark Marienwerder, den 23. November 1898.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der ungelauf 1/2 Meile von Lauenburg i. D. entfernte Ver- sorgungsort „Jägerhof“, in welchem Reklamation betrieben wird, soll mit Hinsetzung von ungefähr 100 Morgen Acker und Wiesen auf 12 Jahre, vom 1. März 1899 bis 1. April 1911, meißtliert verpachtet werden.

Hierzu steht: am Mittwoch, den 14. Dezember er., Vormittags 10 Uhr, im hiesigen Rathause Termin an. (16325)

Der Zuflug bleibt